BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
EBERSBERG

Im Kreistag

Benedikt Mayer, Tegernauerstr. 12, 83550 Emmering

An
Herrn Landrat
Robert Niedergesäß
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

08.05.2023

Dringlichkeitsantrag

zur 24. Sitzung des KSA am 08.05.2023, TOP 8 (Jahresabschluss 2022)

Der Kreisausschuss möge beschließen:

Der Kreistag möge beschließen:

Die Vorgehensweise der Landkreisverwaltung im Vorfeld und im Zuge der Verfahren im Rechtsstreit um das PPP-Modell Gymnasium Kirchseeon soll dem Bayerischen kommunalen Prüfungsverband (BKPV) zur Prüfung und Beurteilung vorgelegt werden. Dabei soll auch die Einbeziehung der Kreisgremien geprüft und beurteilt werden. Das vollständige Prüfungsergebnis soll dem KSA und dem Kreistag vorgelegt werden jeweils in der Sitzung nach der Zustellung an das Landratsamt.

Begründung der Dringlichkeit:
Erst in den Unterlagen zur Sitzung des KSA wurde das Ausmaß des finanziellen Schadens für den Landkreis durch das Vorgehen der Landkreis-Verwaltung in der Sache PPP-Modell Kirchseeon sichtbar. Somit konnte vor Ablauf der Antragsfrist für die KSA-Sitzung der oben formulierte Antrag nicht gestellt werden.

Begründung:
Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat am 10.11.2022 den Antrag gestellt, dass in der Sitzung des KSA am 27.02.2023 der Stand um die Gerichtsverfahren zum PPP-Modell Gymnasium Kirchseeon und zu den Gewerbesteuer-Zahlungen an die Stadt München vorgestellt wird. Dazu sollten auskunfts-fähige Personen aus den betrauten Kanzleien anwesend sein.

Die Landkreisverwaltung ist diesem Antrag teilweise gefolgt: Von den Kanzleien, die mit dem Verfahren zum PPP-Modell befasst waren (das Verfahren war zum Zeitpunkt der Sitzung bereits letztinstanzlich beendet), war niemand anwesend. Zudem wurde der Tagesordnungspunkt in den nicht-öffentlichen Teil der KSA-Sitzung gelegt.

Die Debatte zu diesem Thema in der nicht-öffentlichen Sitzung war kontrovers; die Auskünfte durch die Landkreisverwaltung nicht vollständig.

Inzwischen liegt die Beurteilung der örtlichen Prüfung für die Vorgehensweise zu den finanziellen Folgen des Vorgehens vor, was auch den Rechnungsprüfungsausschuss wegen seiner Eindeutigkeit zum Handeln gezwungen hat.

Da inzwischen auch Fragen zu diesem Thema in der Öffentlichkeit gestellt werden, dürfte die Debatte dringlicher werden mit der Gefahr, dass die Fakten in den Hintergrund treten. Daher ist es wichtig, eine nüchterne, überörtliche Instanz mit der Prüfung und Beurteilung zu beauftragen.

Benedikt Mayer
Stv. Fraktionssprecher